

01/2019

fdplus

Europas Chancen nutzen.★

EU-Spitzenkandidatin

Interview mit
Nicola Beer

Dreikönigstreffen

FDP stellt die Weichen
für 2019

Fraktion

Freie Demokraten fordern
Agenda für die Fleißigen



Freiheit. Kann eine Stimme alles verändern?

70 Jahre Lust auf Zukunft



Thomas Maron
Chefredakteur
Pressesprecher der FDP

In der letzten fdplus feierten wir 70 Jahre FDP – und würdigten eine stolze Vergangenheit. In der nächsten fdplus haben wir alle Chancen, kurz nach der Europawahl am 26. Mai als Freie Demokraten die Zukunft zu feiern – in einem Europa, in dem sich dann, wenn die Dinge gut laufen, unsere liberale Überzeugung gegen jene durchgesetzt hat, die das europäische Einigungs- und Friedenswerk zerstören wollen. Das aber ist kein Selbstläufer, dafür ist in den nächsten Wochen harte Überzeugungsarbeit nötig: im Freundeskreis, auf Marktplätzen, in Sozialen Medien. In dieser fdplus stellen wir deshalb vor, mit welchen Ideen und Überzeugungen wir antreten. Ideen, mit denen wir bereits auf dem Europaparteitag Punkte sammelten. Unsere Spitzenkandidatin Nicola Beer erklärt, wie sie Europa zum Leuchten bringen, Lenke Steiner, wie sie als Bremens liberale Nummer Eins bei der Landtagswahl das rot-grüne Trauerspiel in der Hansestadt beenden will. Auch der Rückblick auf Dreikönig mit den klaren Aussagen des Parteivorsitzenden Christian Lindner dient der Kursbestimmung in einem turbulenten Jahr mit vielen Kommunalwahlen und den Urnengängen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Getreu dem Motto: Chancen nutzen!

Ihr



Die Freien Demokraten wollen Europas Chancen nutzen.

Auf ihrem Europaparteitag im Januar haben die Freien Demokraten die Weichen für ihren Europawahlkampf gestellt. Sie wollen Europa gestalten und Europas Chancen nutzen.

5 Meldungen

7 Die Freien Demokraten wollen Europas Chancen nutzen.

10 Frischer Wind für Europa

Nicola Beer im Interview über ihre EU-Spitzenkandidatur und die Ziele der Freien Demokraten.

12 Wir wollen in Bremen Verantwortung übernehmen.

Gastbeitrag von Lencke Steiner über die Landtagswahl in Bremen

14 Dreikönig 2019: Die Freiheit bleibt der Leitwert.

16 Deutschland braucht eine Agenda für die Fleißigen.

18 Liberale Klimapolitik gibt das Ziel vor, nicht den Weg.

20 Freie Demokraten fordern das Liberale Bürgergeld.

22 „Ich glaube fest an die Kraft des Netzwerks.“

Tijen Onaran im Interview über die Kampagne #FemaleForward der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Freie Demokraten gratulieren Wolfgang Gerhardt.

Unter den Stiftungsvorsitzenden ist er der Rekordhalter: Fast zwölf Jahre, vom April 2006 bis zum September 2018, stand Dr. Wolfgang Gerhardt an der Spitze der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Am 31. Dezember 2018 hat er seinen 75. Geburtstag gefeiert. Unter den Gratulanten waren unter anderem der Kuratoriumsvorsitzende der Stiftung für die Freiheit, Jürgen Morlok, und Christian Lindner. Die Stiftung für die Freiheit ehrte ihn zudem mit einer Festschrift mit Aufsätzen über den Menschen Wolfgang Gerhardt und über seine Politik, garniert mit persönlichen Erinnerungen und Würdigungen durch eine Vielzahl von Wegbegleitern, Freunden und Verwandten des Jubilars.



Dr. Wolfgang Gerhardt

Neuer Podcast „1 Thema, 2 Farben“ von Christian Lindner

Die Fraktion der Freien Demokraten hat einen eigenen Podcast gestartet: 1 Thema, 2 Farben. Im Deutschen Bundestag trifft der FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Lindner Persönlichkeiten aus Kultur, Sport, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft, um ein Thema aus zwei Richtungen zu beleuchten. Die Auftaktfolge bestritt er mit Investor Frank Thelen. Mit ihm sprach Lindner über Start-ups, Gründen und Erfolg – aber auch über das Scheitern. Es folgten der Fraktionsvorsitzende der Linken Dietmar Bartsch und die Herausgeberin der Wirtschaftswoche, Miriam Meckel. Die Folgen erscheinen monatlich und dauern rund 45 Minuten. Sie sind auf Spotify, iTunes und Deezer zu finden.



Die Freien Demokraten trauern um Klaus Kinkel

Er prägte als Außenminister das wiedervereinigte Deutschland: Am 4. März ist der frühere Bundesvorsitzende der FDP und Vize-Kanzler Klaus Kinkel im Alter von 82 Jahren gestorben. Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner würdigte Kinkel als „aufrechten und bescheidenen Mann mit Charakter“. Er habe ihm viel zu verdanken. „Klaus Kinkel verstand sich nie als Parteipolitiker, sondern im besten Sinne des Wortes als Staatsdiener. Er erwarb sich so große Verdienste und hat für unser Land und unsere Partei mehr bewirkt, als öffentlich mitunter wahrgenommen wurde.“ Was er auch tat, er sei in rauem Umfeld ein prinzipientreuer, liebenswürdiger und bescheidener Mensch geblieben: „Er wird uns fehlen.“ FDP-Generalsekretärin Nicola Beer zeigte sich ebenfalls tief bewegt vom Tod dieses verdienstvollen Liberalen aus Baden-Württemberg: „Dr. Kinkel bleibt mir als humorvoller, bescheidener, umgänglicher Mitstreiter für liberale Ziele in Erinnerung.“ Auch Baden-Württembergs FDP-Landeschef Michael Theurer reagierte bestürzt auf den Tod seines Parteifreundes: „Wer das Glück hatte, ihm persönlich begegnet zu sein, wird ihn nicht vergessen.“ „Zusammen mit Hans-Dietrich Genscher war er in Zeiten großer innen- und außenpolitischer Herausforderungen Verteidiger des liberalen Rechtsstaats.“



Die Freien Demokraten wollen Europas Chancen nutzen.

Für die Freien Demokraten ist klar: Die Europawahl im Mai 2019 wird eine Gestaltungswahl. Auf ihrem Europaparteitag im Januar haben sie bereits die Weichen für ihren Europawahlkampf gestellt: Sie wollen Europa gestalten und Europas Chancen nutzen.



Frederick Keil
Pressereferent
der FDP

Europa. Für viele Menschen bedeutet dieser Begriff Freiheit, Wohlstand, Kultur und Sicherheit. Für viele bedeutet er aber auch: Bürokratie, schleppende Verfahren und überbordende gesetzliche Regelungen. Auf ihrem Europaparteitag machten die Freien Demokraten deutlich, was Europa für sie bedeutet. „Die Einheit Europas ist das Beste, was uns allen passieren konnte.“ Mit diesem Satz beginnt das beschlossene Europawahlprogramm der FDP. Weiter heißt es: Europa bietet all seinen Bürgerinnen und Bürgern die Freiheit zu reisen und zu studieren, wo sie wollen. In den meisten Mitgliedsstaaten bezahlen wir mit demselben Geld, und wir können uns überall in der EU sicher fühlen. Das Europäische Projekt ist weltweit Vorbild eines demokratischen Miteinanders und Heimat für mittlerweile 512 Millionen

Menschen geworden.

Doch trotz all dieser Errungenschaften steckt Europa in einer Krise. Die Europäische Union atmet nicht mehr den Geist des gemeinsamen Aufbruchs in eine bessere Zukunft. Europa braucht wieder den Mut zur Veränderung. Die Freien Demokraten wollen eine neue Begeisterung wecken und den Stillstand und den wachsenden Populismus in der EU bekämpfen. Sie wollen Europa wieder stärker und besser machen. Sie wollen Europas Chancen nutzen.

Das Europäische Projekt steht vor einer Bewährungsprobe. „In Europa und in unserem Land gibt es Kräfte, die Gesellschaften spalten wollen“, mahnte FDP-Chef Christian Lindner auf dem Europaparteitag mit Blick auf die erstarkenden Populisten. Auch anlässlich des Gedenktags an die Opfer



Nicola Beer und Christian Lindner mit FDP-Kandidatinnen und -Kandidaten für die Europawahl 2019



Christian Lindner, Margrethe Vestager und Nicola Beer

des Holocausts und vor dem Hintergrund des wachsenden Antisemitismus in Deutschland sieht er die Freien Demokraten in besonderer Verantwortung, „denn Weltoffenheit, Toleranz und Liberalität sind der schärfste Kontrast zu jeder Form der Ungleichheit, Abschottung und Unterdrückung“. Der anstehende Urnengang im Mai dürfe keine „Protestwahl“ werden, sondern müsse eine „Gestaltungswahl“ sein. Für die Freien Demokraten ist der Kurs auf jeden Fall klar: Sie wollen Europa gestalten – und das zeigen sie auch bei der Wahl ihrer Kandidatinnen und Kandidaten für Europa. Mit Nicola Beer als Spitzenkandidatin schicken die Freien Demokraten nicht nur eine erfahrene Politikerin, sondern auch eine leidenschaftliche Europäerin ins Rennen. „Wir wollen Europa so verändern, dass es wieder leuchtet. Denn

die Freien Demokraten lieben Europa“, machte sie in ihrer Rede deutlich. Wer beim Europaparteitag anwesend war, konnte diese Stimmung auf der ganzen Veranstaltung wahrnehmen. Ob Redner auf der Bühne, Delegierte im Saal oder Besucher der Parteitagsstände – der gemeinsame Wille war überall zu spüren und zu hören: Europa ist und bleibt die Antwort auf die großen Herausforderungen dieser Zeit. Doch für die Freien Demokraten ist auch klar, dass Europa sich verändern muss. Getreu den Worten Hans-Dietrich Genschers: „Wenn man für Europa ist, muss man für Europa eintreten.“ Dem stimmte auch EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager zu, die als Gast auf der Veranstaltung redete. Die Dänin betonte, wie gut Europa derzeit dastehe.

„Niemals zuvor hatten so viele Menschen eine Arbeitsstelle“, sagte Vestager. Aber das Glück der Menschen hänge eben nicht nur von der Gegenwart ab, sondern auch von der Hoffnung auf die Zukunft. Es sei Zeit, dass Europa wieder an sich selbst glaube, rief sie den Delegierten zu. Zugegeben, die Liste der Baustellen in Europa ist lang: Freihandel, ein besserer Schutz der Außengrenzen, ein stabiler Euro und nachhaltiges Wirtschaftswachstum bis hin zu institutionellen Reformen – vieles muss klug und mutig angepackt werden. Und selbst grundlegende europäische und rechtsstaatliche Werte seien nicht mehr selbstverständlich, warnte Nicola Beer. „Europa darf nicht tatenlos zusehen, wenn die Presse- und Meinungsfreiheit, die Unabhängigkeit der Justiz oder die Bekämpfung von Korruption

in einigen Mitgliedstaaten wie zurzeit in Ungarn, in Polen oder auch Rumänien infrage gestellt werden“, forderte die Spitzenkandidatin. Mit ihrem Europawahlprogramm treten die Freien Demokraten diesen Herausforderungen entschlossen entgegen. Sie wollen Europa für die großen Aufgaben stark machen: Mit einem Initiativrecht für das Europäische Parlament, mehr Konzentration auf die Aufgaben, wo es einen wirklichen Mehrwert durch die EU gibt, und mit einer Europäischen Verfassung – damit Europa seine Chancen nutzen kann.

Unsere Kandidaten für Europa



Nicola Beer (Hessen)
Spitzenkandidatin

„Europa birgt viele Chancen, wenn wir die EU grundlegend reformieren. Lassen Sie uns gemeinsam Europa wieder zum Leuchten bringen.“

[Link Video](#)



Svenja Ilona Hahn (Hamburg)
Listenplatz 2

„Ich stehe für eine Europäische Union, die echte Aufstiegschancen durch einen besseren Zugang zu Bildung über Ländergrenzen hinweg bietet.“

[Link Video](#)



Andreas Glück (Baden-Württemberg)
Listenplatz 3

„Wir brauchen eine echte Energiewende in Europa durch einen breit angelegten Emissionshandel in der EU.“

[Link Video](#)



Moritz Körner (Nordrhein-Westfalen)
Listenplatz 4

„Europa braucht einen gemeinsamen Grenzschutz und eine gemeinsame Einwanderungspolitik, um Grenzkontrollen innerhalb Europas zu verhindern.“

[Link Video](#)



Jan-Christoph Oetjen (Niedersachsen)
Listenplatz 5

„Wir müssen die Fragen von Migration und Asyl europäisch denken und lösen. Nationale Einzelwege führen uns in die Sackgasse.“

[Link Video](#)



Dr. Thorsten Lieb (Hessen)
Listenplatz 6

„Ich möchte, dass wir in Europa wieder zu einer Wirtschafts- und Währungspolitik zurückkehren, die Wohlstand sichert und Freiheit fördert.“

[Link Video](#)



Robert-Martin Montag (Thüringen)
Listenplatz 7

„Europa muss dort stark sein, wo die Kompetenzen der Nationalstaaten nicht mehr wirken: bei der Handelspolitik, Außenpolitik und den digitalen Bürgerrechten.“

[Link Video](#)

Was ist Ihre zentrale Forderung für Europa?



Michael Kauch (Nordrhein-Westfalen)
Listenplatz 8

„Ich möchte für ein Europa der Werte eintreten, in dem wir Freie Demokraten uns für Vielfalt, Toleranz und Menschenrechte stark machen.“

[Link Video](#)



Marcus Scheuren (Rheinland-Pfalz)
Listenplatz 9

„Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es den Menschen gut. Deshalb setze ich mich für den weiteren Abbau von Handelsschranken ein.“

[Link Video](#)



Nicole Büttner-Thiel
(Baden-Württemberg)
Listenplatz 10

„Europa muss für Gründer und Innovationen die richtigen Voraussetzungen schaffen. Wir brauchen mehr Spitzentechnologie made in Europe!“

[Link Video](#)



Phil Hackemann (Bayern)
Listenplatz 11

„Ich möchte Europa noch demokratischer machen. Dafür braucht es unter anderem ein Initiativrecht für das Europäische Parlament und eine kleinere EU-Kommission.“

[Link Video](#)



Carl Grouwet (Berlin)
Listenplatz 12

„Wir brauchen ein Europa der Bürger. Um das zu erreichen, müssen wir die EU den Menschen näherbringen und ihnen ihre Ängste nehmen.“

[Link Video](#)



Dr. Michael Terwiesche
(Nordrhein-Westfalen)
Listenplatz 13

„Früher trennten uns Ländergrenzen, heute einen sie uns in Europa. Deshalb setze ich mich für mehr Europa-Universitäten an Ländergrenzen ein.“

[Link Video](#)



Roland König (Saarland)
Listenplatz 14

„Europa bedeutet Freiheit und Austausch. Ich setze mich deshalb für mehr Bildungsfreizügigkeit und grenzüberschreitenden öffentlichen Nahverkehr ein.“

[Link Video](#)



Tina de Meeûs d'Argenteuil
(Auslandsgruppe Europa)
Listenplatz 15

„Ich setze mich dafür ein, dass die EU stets als Garant und Vorbild für Menschen- und Bürgerrechte steht.“

[Link Video](#)

Frischer Wind für Europa

Für die Spitzenkandidatin Nicola Beer ist die Europäische Union eine Herzensangelegenheit. Mit Mut und frischem Wind möchte sie Verkrustungen aufbrechen und Reformen anpacken, um Europa wieder zum Leuchten zu bringen.



Thomas Maron
Chefredakteur
Pressesprecher der FDP

Frau Beer, warum ist Ihnen Europa so wichtig?

Ich bin leidenschaftliche und überzeugte Europäerin. Immer schon gewesen, denn ich denke, Europas Einheit ist das Beste, was uns allen passieren konnte. Europa ist unsere Zukunft. Ein vereintes, aber nicht vereinheitlichtes Europa der Kultur, der Werte, der Bildung und Forschung, der Kunst und der Wissenschaft, beruhend auf unseren freiheitlich-demokratischen Grundwerten. Das liegt mir am Herzen.

Wir setzen als Liberale darauf, glaubwürdig und überzeugend darzustellen, wie wir Europa besser machen können. Wir möchten, dass die EU bei den drängenden großen Fragen wie etwa dem Schutz der äußeren Grenzen, der Migrati-

on schneller handelt, sich nicht im Klein-Klein verliert und nur mit Bürokratie im Alltag der Menschen wahrgenommen wird. Wir wollen unsere Vorstellungen mit Sachlichkeit und Vernunft übermitteln. Ob wir Bürger, die populistische Parteien wählen, damit zurück aus ihrer Wut holen können, weiß ich nicht. Aber ich hoffe, es gelingt, viele Nichtwähler davon zu überzeugen, diesmal zu wählen und demokratische Parteien zu stärken. Die Europawahl darf nicht zur Protestwahl werden. Wer nur des Protests willen wählt, der verhält sich wie ein Veganer, der zur Jagd geht.

Manche sprechen bei der Europawahl von einer Richtungsentscheidung. Was steht auf dem Spiel?



Nicola Beer auf dem Europaparteitag 2019

Ja, es geht um die Grundsatzentscheidung: Entweder wir reformieren die EU, oder sie zerbröckelt uns zwischen den Fingern. Es ist allerhand Verkrustung und Ermüdung zu spüren, denn seit Jahrzehnten regiert in Europa ja faktisch eine große Koalition von Sozialdemokraten und Konservativen. Nichts geht voran. Die dringenden Fragen von Migration, innerer und äußerer Sicherheit, Digitalisierung und Klimaschutz werden nicht geklärt. Stattdessen nehmen die Bürger die EU immer mehr als Bürokratiemonster wahr. Das nutzen die europakritischen Populisten von links und rechts, die versuchen, das Parlament von innen auszuhebeln. Beim Brexit-Referendum konnte man sehen, wohin das führt. Deshalb müssen wir die EU grundlegend erneuern. Wir müssen schneller entscheidungs- und handlungsfähig werden. Dazu gilt, es Arbeitsweise und Strukturen zu reformieren: Parlament durch Initiativrecht stärken, Kommission verkleinern, Wanderzirkus zwischen Brüssel und Straßburg beenden, mehr Mehrheitsentscheidungen statt Einstimmigkeitsprinzip. Klare Regeln schaffen, die genauso klar eingehalten werden. Wir müssen uns auf die großen Fragen konzentrieren, die wir als Europäer nur gemeinsam lösen können. Hier muss die EU endlich liefern, nicht nur reden.

Sie sprechen von klaren Regeln. Was bedeutet das bei der Euro-Politik?

Der Euro als europäisches Projekt ist eine historische Errungenschaft. Im Alltag bringt er viele Vorteile sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für unsere Wirtschaft. Deshalb sollten wir ihn stärken. Doch noch immer steht eben diese Währungsunion vor großen Herausforderungen. Es ist zu viel zu unklar gelassen worden.

Die Euro-Staaten müssen die Lehren aus der Krise ziehen und Vertrauen für die Zukunft wiederherstellen. Dies erreichen wir nur durch Stabilität, Eigenverantwortung und klare Regeln zu Staatsverschuldung, die auch eingehalten werden. Das sind wir den Bürgern schuldig.

Sie legen einen Schwerpunkt auf Bildung. Was hat das mit Europa zu tun?

Die größten Chancen für den Einzelnen, aber auch für die Gesellschaft insgesamt entstehen durch Bildung, Forschung und Innovationen. Sie sichern das persönliche Vorankommen jeder und jedes Einzelnen und den Wohlstand des ganzen Kontinents. Wer die Chancen in Europa nutzen will, muss Europa kennenlernen können und das so früh wie möglich.

Exzellente Bildung und Forschung in Europa sind auch unverzichtbar, wenn Europa in der sich rasend schnell verändernden Welt weiter wirtschaftlich an der Spitze mitspielen will. Wir brauchen deshalb noch viel mehr Vernetzung und eine Bildungsfreizügigkeit als neue Grundfreiheit: Alle EU-Bürger sollen Bildungsangebote in jedem EU-Land annehmen können.

Deshalb ist Bildung nicht nur ein Kernthema der Liberalen für Europa, sondern mir auch eine Herzensangelegenheit, um die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft zu sichern.

Was können die Liberalen im Europaparlament erreichen?

Eine starke Stimme aus der Mitte der Gesellschaft ist das, was Europa gerade jetzt unbedingt braucht. Kein Wunschkonzert voller Forderungen, die schlicht und ergreifend nicht umsetzbar – ja, gar utopisch sind. Wir brauchen vernünftige, einleuchtende Ideen und Reformen vor allem aber den Mut, diese dann wirklich auch anzugehen.

Europa wieder zum Leuchten bringen können wir nur, wenn wir uns auf Herausforderungen der Zukunft einlassen. Wir müssen die Instrumente richtig stimmen, damit wir in dem globalen Konzert weiterhin wirtschaftlich und politisch Zukunftsmusik spielen können. Deshalb wollen wir Freie Demokraten mit unserer Parteifamilie zweitstärkste Kraft im Europäischen Parlament werden. Das ist der Hebel, um die Verkrustungen aufzubrechen und den Kontinent voranzubringen, zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger.

Wir wollen in Bremen Verantwortung übernehmen.

Das Land Bremen steht nach über 70 Jahren SPD-Regierungsverantwortung vor der historischen Chance eines Richtungswechsels. FDP-Spitzenkandidatin Lencke Steiner will Bremens Stärken nutzen, um es zu einem Vorzeigebundesland zu entwickeln.



Lencke Steiner

Vorsitzende der FDP-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft
Spitzenkandidatin der FDP Bremen

Am 26. Mai wird in Bremen gewählt. Erstmals in der Geschichte der Freien Hansestadt ist es möglich, die SPD-Regentschaft zu beenden. Diese historische Chance wollen wir nutzen und einen echten Richtungswechsel einleiten. Wir werden den mündigen Bürgerinnen und Bürgern, die selbstständig die richtigen Entscheidungen für ihr Leben treffen, eine Stimme geben. Wir setzen auf ein unkompliziertes Bremen, das sich bei Bürokratie, Steuern und Abgaben zurückhält und zugleich bei der Bildung unserer Kinder sowie bei Investitionen in Infrastruktur und Sicherheit auftrumpft. Mit uns wird der Zukunft die höchste Priorität eingeräumt und keine Politik aus der Mottenkiste gemacht. Bremen hat in den vergangenen Jahren eigentlich alle Voraussetzungen für eine bessere Politik gehabt. Sprudelnde Steuereinnahmen, gutes Wirtschaftswachstum und his-

torisch niedrige Zinsen sind vom rot-grünen Senat jedoch nicht genutzt worden, um Bremen und insbesondere Bremens Kinder und Jugendliche fit für die Zukunft zu machen. 74 Jahre SPD-Regierung haben im Bildungsbereich einen Scherbenhaufen hinterlassen. Dazu kommen massive Verkehrsprobleme, unsichere Orte, eine hohe Arbeitslosigkeit sowie eine Wirtschaft, die noch lange nicht ihr Potenzial entfalten kann.

Wir werden dafür sorgen, dass Bremen in den nächsten vier Jahren wieder die richtigen Schwerpunkte setzt.

Die Bremer Bildungspolitik hat dabei das höchste Aufholpotenzial. Schulen sind kein Spielfeld für linke Bildungsrhantik, sondern Garant für eine aussichtsreiche Zukunft für jede Schülerin und jeden Schüler, unabhängig von Herkunft oder sozialem Status. Wir werden daher die Ideologi-



Lencke Steiner, FDP-Spitzenkandidatin für die Bürgerschaftswahl in Bremen.

sierung in der Bildungspolitik beenden und das Leistungsprinzip in der Schule wieder in den Mittelpunkt rücken. Zukünftig muss wieder entscheidend sein, was jemand erreichen will. Wer Leistungsbereitschaft zeigt, der hat ein Recht, dass ihm oder ihr alle Türen offenstehen.

Nicht nur die Bildungspolitik braucht ein Update. Auch die Bremer Verkehrspolitik darf nicht länger Spielball im ideologischen Kampf zwischen vermeintlich guter oder vermeintlich schlechter Mobilität sein. Wir werden den grünen Kampf gegen das Auto beenden und uns wieder für ein gleichberechtigtes Miteinander der Verkehrsteilnehmer einsetzen. Reibungsloser Verkehr hängt an einer guten und insbesondere intakten Infrastruktur. Daher setzen wir nicht nur auf mehr Investitionen in die Instandhaltung von Straßen und Brücken, sondern auch auf Investitionen in eine moderne, digitale Infrastruktur. Im Mittelpunkt unseres Handelns steht schließlich die Selbstbestimmung. Wir wollen den Menschen mehr Zeit für sich geben. Ein digitaler Staat, der Verwaltungsaufgaben einfach und transparent macht, ist dafür genauso notwendig, wie ein effizienterer Sozialstaat, der sich auf das Ermöglichten konzentriert.

Als Rechtsstaatspartei ist für uns natürlich Sicherheit ein hohes Gut. Echte Freiheit funktioniert nur mit Sicherheit. Statt auf populistische Maßnahmen, wie mehr anlasslose Videoüberwachung oder wirkungslose Glasflaschenverbote, setzen wir auf eine leistungsfähige Polizei und Justiz.

Wir werden daher insbesondere Strafverfahren durch mehr Justizpersonal beschleunigen, damit zwischen Straftat und Verurteilung oder Freispruch weniger Zeit vergeht. Wir stärken die Polizei, vor allem im Bereich der organisierten Kriminalität, damit Bremen nicht länger ein Mekka krimineller Familienclans ist.

Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen, sind viel zu selten Adressat der Politik. Wir rücken junge Familien in den Mittelpunkt. Neben guter Bildung, guten Arbeitsplätzen und einem sicheren Bremen gehört dazu auch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch realistische Betreuungszeiten sowie der einfachere Erwerb von Wohneigentum durch finanzielle Entlastungen bei der Grunderwerbsteuer.

Unser schönes Bundesland hat viel zu lange unter schlechten Rahmenbedingungen gelitten. Wir haben für die Zukunft Bremens viel vor. Bremen hat in der Vergangenheit eine Menge Chancen versäumt. Wir werden das zukünftig ändern. Bremen hat als „Land der kurzen Wege“ das Zeug, Vorbild im Bund zu sein. Wir Bremer können die Möglichkeiten der Digitalisierung viel schneller und moderne Bildung viel besser umsetzen. Dafür ist es notwendig, Bremer Politik neu zu denken.

Am 26. Mai wollen wir Verantwortung übernehmen und diesen Richtungswechsel einleiten. Auf geht's!

Dreikönig 2019: Die Freiheit bleibt der Leitwert.

Auf ihrer traditionellen Dreikönigskundgebung stellten die Freien Demokraten ihre politischen Weichen für das Jahr 2019. Neben der „Agenda für die Fleißigen“ und der „Agenda für die Selbstbestimmung und Liberalität“ bestimmte vor allem die Europawahl 2019 die Veranstaltung im Opernhaus Stuttgart.



Thomas Maron
Chefredakteur
Pressesprecher der FDP

Selbstbewusst, unerschrocken, mit dem klaren Anspruch, dem Land und Europa eine Zukunftsperspektive zu geben: So startete die FDP auf ihrer traditionellen Dreikönigskundgebung ins Jahr 2019. Waren bisher meist nur die Redner zu sehen, so zeigten sich auf der Bühne diesmal auch viele neue Gesichter, die die Vielfalt der Partei dokumentierten. Unter anderem konnte Baden-Württembergs Landeschef Michael Theurer das zu diesem Zeitpunkt jüngste Neumitglied, die 18-jährige Lilith Schieweg, sowie die FDP-Bürgermeisterin aus dem sächsischen Lommatzsch, Anita Maaß, begrüßen.

Schon das Motto der Dreikönigskundgebung machte allen Gästen und Freunden der Freiheit im Stuttgarter Staatstheater klar, wohin die Reise gehen soll. „Chancen nutzen“ –

ein Leitspruch, der für Deutschland und Europa gleichermaßen gilt. Und natürlich auch für die Partei. Die FDP kann in diesem Jahr einen gewaltigen Schritt nach vorne machen. Daran erinnerten FDP-Chef Christian Lindner, Generalsekretärin Nicola Beer, FDP-Präsidiumsmitglied Michael Theurer als Gastgeber und Hans-Ulrich Rülke, Fraktionschef im baden-württembergischen Landtag, in ihren Reden. Denn es steht die wichtige Wahl für das Europaparlament an. In drei ostdeutschen Ländern besteht außerdem die Chance, wieder ins Parlament zurückzukehren. In Bremen kann die FDP die rot-grüne Mehrheit knacken. In einigen Ländern können die Freien Demokraten bei Kommunalwahlen ihre Verankerung in Städten und Gemeinden stärken. Und im Bund, das unterstrich Lindner in seiner Rede,



Dreikönigskundgebung der Freien Demokraten in Stuttgart

will die FDP weiter unter Beweis stellen, dass sie in den Bundestag nicht nur zurückgekehrt ist, um zu bleiben, sondern um zu gestalten.

Eine neue Politik sei auch dringend nötig, so der FDP-Vorsitzende. Deutschland benötige nach dem Wechsel an der Spitze der CDU von Angela Merkel zu Annegret Kramp-Karrenbauer „einen neuen Aufbruch und keine Zwischenphase, in der nichts mehr entschieden und gestaltet wird“. Keiner solle glauben, die Liberalen duckten sich weg vor der Übernahme von Verantwortung: „Keinem laufen wir hinterher, aber wir laufen eben auch nicht weg. Wer uns ein faires Angebot zur Erneuerung des Landes macht, der kann zu jeder Zeit damit rechnen, dass wir bereit sind, Verantwortung für dieses Land zu übernehmen.“

Berichte, in denen der FDP zum Jahreswechsel schon wieder eine Krise angedichtet wurde, nahm Lindner nicht weiter ernst. Angesichts von Umfragewerten, die über Monate hinweg stabil bei neun bis zehn Prozent liegen, von einer Krise zu reden, sei absurd. Wenn dies eine Krise sei, dann würden sich im Himmel Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher, Otto Graf Lambsdorff und Guido Westerwelle wünschen, „dass diese Krise der FDP möglichst lange anhalten möge.“ Der FDP-Chef wandte sich auch an jene CDU-Anhänger, die enttäuscht sind, weil ihr Favorit Friedrich Merz mit seiner „Agenda für die Fleißigen“ knapp gegen Kramp-Karrenbauer unterlegen war. Allerdings versehen mit der klaren Ansage, dass die FDP nicht der Wirtschaftsclub der CDU sei. Deswegen trug Lindner auch nicht nur die FDP-Variante einer „Agenda der Fleißigen“ vor, die unter anderem die Forderung nach einer zielgenauen Verbesserung der Grundrente, attraktive Hinzuverdienstmöglichkeiten für Hartz-IV-Empfänger und Rentner sowie den Wegfall des Solidaritätszuschlags umfasst (lesen Sie dazu auch den Artikel der

FDP-Fraktion in dieser Ausgabe auf Seite 16). Er forderte zugleich eine Agenda für die Selbstbestimmung, in klarer Abgrenzung zu jenem konservativen Gesellschaftsbild, das in der Union gerade wieder in Mode kommt. Der Staat müsse sich an den Wünschen der Menschen orientieren, nicht die Menschen an den „Schablonen des Staates“. Lindner forderte unter anderem die komplette Streichung von Paragraph 219a Strafgesetzbuch (Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche), er warb dafür, Verantwortungsgemeinschaften für unverheiratete Paare und Senioren rechtlich zu etablieren, brach eine Lanze für Bürgerrechte und Datenschutz und für ein modernes Einwanderungsgesetz. Für die Freien Demokraten sei Liberalität eben nicht nur ein Ordnungsprinzip der Wirtschaft, sondern auch prägend für die Gestaltung aller Lebensbereiche. „Die Freiheit ist und bleibt der Leitwert der FDP“, so der FDP-Vorsitzende. Wer diese Werte teile, sei herzlich willkommen.

Nicola Beer, die drei Wochen nach dem Dreikönigstreffen zur Spitzenkandidatin der FDP für die Europawahl gewählt wurde, beschwor in ihrer Rede den Wert Europas für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Sie zeichnete aber auch ein Bild davon, wie die EU derzeit wahrgenommen werde. „Sie sehen heute eine Europäische Union, in der das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in diese Vision, in dieses Zukunftsprojekt, in Frage steht“, warnte Beer. Gerade die FDP, der Europa so am Herzen liege, werde da gegensteuern. Europa dürfe sich nicht weiter in die Alltäglichkeiten der Menschen in Europa einmischen, sondern müsse Lösungen für die großen Fragen liefern: Forschung, Innovation, Migration, Sicherheit, Welthandel. Dazu brauche es eine grundlegende Reform der EU. Für Beer ist die EU aber bei aller Kritik ohne Alternative: „Europa ist das Dach, unter dem wir leben. Es ist unsere Lebensversicherung.“

Deutschland braucht eine Agenda für die Fleißigen.

Die Große Koalition verteilt das Geld der Steuer- und Beitragszahler mit dem Gartenschlauch. Die FDP-Fraktion fordert eine Entlastung der Bürger und Unternehmen.



© Dennis Williamson

Christian Lindner fordert eine Agenda für die Fleißigen in Deutschland.



Michael Lindner
Stellv. Pressesprecher
der FDP-Fraktion

Union und SPD zeigen sich in Bestform. Jedoch leider nur dann, wenn es darum geht, mit dem Gartenschlauch Milliarden zu verteilen. So will beispielsweise die SPD eine teure Grundrente einführen, die auch an Personen ausgezahlt werden soll, die gar nicht bedürftig sind. Das Ganze sollen die Fleißigen im Land bezahlen, etwa durch die Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Die Union hält nur halbherzig dagegen, obwohl unserer Wirtschaft langsam die Puste ausgeht: Bereits mehrere Wachstumsprognosen mussten in den letzten Monaten nach unten korrigiert werden – an Entlastung war gar nicht erst zu denken.

Die Grundrente von Arbeitsminister Hubertus Heil und das Sozialstaatskonzept der SPD würden nicht nur teuer werden, sondern auch unfair. Sowohl gegenüber den Steuer-

und Beitragszahlern, als auch den künftigen Generationen. Die Große Koalition muss aufhören, sich so unverantwortlich an Bundeshaushalt und Sozialkassen zu vergreifen und stattdessen eine Trendwende einleiten. Denn die Balance zwischen Staat und Privat ist seit langem aus dem Gleichgewicht geraten. Daher fordert die FDP-Fraktion eine Agenda für die Fleißigen: Bürger und Unternehmen müssen entlastet werden.

Der erste Schritt wäre, den Solidaritätszuschlag komplett und ersatzlos abzuschaffen. Das ist auch eine Glaubwürdigkeitsfrage: Seit Jahren wird immer wieder versprochen, die Sondersteuer abzuschaffen. Zuletzt hat der CDU-Bundestag dies unter großem Getöse beschlossen. Im Bundestag haben nicht mal eine Woche später die Abgeord-

neten der Union davon nichts mehr wissen wollen und den Gesetzesentwurf der FDP-Fraktion abgelehnt. Wer ihn nicht abschaffen möchte, dem fehlt offenbar schlicht der Wille. Als zweiten Schritt für die Entlastung der Bürger wollen wir den sogenannten Mittelstandsbauch schrittweise abschmelzen: So wird die Einkommensteuer fairer und zu einem Chancentarif umgebaut. Steuerzahler können somit mehr vom selbst verdienten Geld behalten. Das hilft gerade Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, denn bei ihnen steigt der Steuersatz besonders schnell an. In bestimmten Fällen bleibt so nicht einmal die Hälfte von jedem hinzuverdienten Euro übrig. Das ist ungerecht und muss dringend geändert werden. Vom Chancentarif, den die FDP-Fraktion in den Bundestag eingebracht hat, würden

bereits kleine Einkommen profitieren. Jeder Steuerzahler ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 9.408 Euro hätte etwas davon.

Schließlich brauchen wir für die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand von morgen eine Reform der Unternehmensbesteuerung. Denn Deutschland ist Hochsteuerland geworden und droht, so den internationalen Anschluss zu verlieren. Es muss daher das Ziel sein, die Gesamtsteuerbelastung auf maximal 25 Prozent wie in Frankreich zu senken, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Auch dafür hat die FDP-Fraktion ein umfassendes Konzept in den Deutschen Bundestag eingebracht. 2019 darf nicht wieder ein verlorenes Jahr für die fleißigen, hart arbeitenden Menschen im Land werden.

Liberale Klimapolitik gibt das Ziel vor, nicht den Weg.

Klimaschutz wird in Deutschland meist mit Einschränkungen, Verzicht und Askese verbunden. Erhobene Zeigefinger und Moralpredigten bringen uns jedoch nicht weiter. Ein Plädoyer für eine optimistische Klimapolitik, die auf Marktwirtschaft, technologischen Fortschritt und das Vertrauen in die Menschen setzt.



Frank Sitta
FDP-Präsidiumsmitglied
und -Umweltexperte



Lukas Köhler
Klimapolitischer Sprecher
der FDP-Fraktion

Wir sind überzeugt: Wer Klimaschutz durch Deindustrialisierung erreichen will, zerstört am Ende unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, ohne das Klima zu retten. Denn wenn wir gerade bei den Menschen in den aufstrebenden Schwellen- und Entwicklungsländern den Eindruck erwecken, der Preis für Klimaschutz sei Wohlstandsverzicht, wird uns wie schon bei der Energiewende niemand folgen. Wenn wir uns darauf beschränken, unsere CO₂-Emissionen in Deutschland ohne Rücksicht auf Verluste möglichst radikal zu reduzieren, werden wir für den globalen Klimaschutz kaum einen nennenswerten Beitrag leisten. Ziel muss stattdessen sein, durch den Export neuer Technologien zur weltweiten Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom CO₂-Ausstoß beizutragen.

Statt CO₂ weiterhin als grundsätzlich klimaschädlich zu betrachten, brauchen wir eine neue Denkweise: Es gibt nämlich vier Wege, mit CO₂ umzugehen. Der schlechteste ist natürlich die Freisetzung in die Atmosphäre. Dem gegenüber steht die Vermeidung als beste Option. Vermeidung bedeutet allerdings nicht automatisch, Fabriken zu schließen und ganze Industrien zu vernichten. Kluge Ingenieure, Tüftler und Bastler finden immer mehr technische Lösungen, um CO₂ in industriellen Prozessen zu vermeiden. Und zwar nicht nur in geringen Mengen, im Gegenteil: Selbst die Stahlproduktion, die heute noch zu den großen Verursachern von CO₂-Emissionen zählt, ist technisch nahezu treibhausgasneutral möglich, indem Kohlenstoff durch Wasserstoff ersetzt wird. Die Produktion von

„grünem“ Stahl steckt zwar derzeit noch in den Kinderschuhen, aber wenn Forschung und Entwicklung in diesem Bereich weiter vorangetrieben werden, müssen wir auf diese wichtige deutsche Schlüsselindustrie aus Klimaschutzgründen sicherlich nicht verzichten. Was ohnehin Schwachsinn wäre, da Stahl auch in Zukunft gebraucht wird - die Frage ist nur, ob er bei uns oder in anderen Teilen der Welt produziert wird.

Den wichtigsten Anreiz zur Vermeidung von Treibhausgasen setzt der EU-Emissionshandel. Durch die jährlich sinkende Menge an Zertifikaten steigt der Preis, und die Unternehmen müssen gar nicht durch Verbote oder Überregulierung gezwungen werden, ihre Emissionen zu vermeiden. Denn sie haben schlichtweg ein eigenes ökonomisches Interesse daran. Aus diesem Grund ist übrigens auch der von der Kohlekommission vorgeschlagene planwirtschaftliche Kohleausstieg völlig unnötig. Die großen Nutznießer der beinahe hysterisch geführten Debatte um ein festes Ausstiegsdatum sind nun ironischerweise die aus Sicht der Grünen und ihrer Verbündeten „bösen“ Energiekonzerne, die nun von den Steuerzahlern mit Milliardensummen entschädigt werden. Würde man dieses Geld in Forschung und Entwicklung oder globale Aufforstungsprojekte investieren, könnte man für das Klima tatsächlich etwas erreichen. So bleibt am Ende nur eine sehr teuer erkaufte Symbolpolitik. Ein auf alle Wirtschaftsbereiche ausgeweiteter Emissionshandel, wie wir Freie Demokraten ihn fordern, würde garantieren, dass beispielsweise auch der Verkehr endlich einen Beitrag zum Klimaschutz leistet – und zwar ohne, dass individuelle Mobilität dadurch für Teile der Bevölkerung unbezahlbar wird.

Trotz der segensreichen Kräfte des marktwirtschaftlichen Emissionshandels lässt sich die Entstehung von CO₂ jedoch nicht in allen Industrien vermeiden. In der Kalk- und Zementindustrie sind beispielsweise kaum noch Spielräume vorhanden. Und hier kommt die nächste Möglichkeit im Umgang mit dem Treibhausgas ins Spiel: die Abscheidung und Nutzung (CCU; Carbon Capture and Usage). Denn Kohlendioxid ist längst nicht mehr nur ein Abfallprodukt, sondern kann, wenn es aus Abgasen abgeschieden wird, als Rohstoff zum Beispiel in der chemischen Industrie genutzt werden. Und auch für einen klimafreundlichen Verkehr kann CCU eine entscheidende Rolle spielen. E-Fuels sind synthetische Kraftstoffe, die Benzin und Diesel aus fossilem Erdöl 1:1 ersetzen können. Leider hat die Bundesregierung auf EU-Ebene verhindert, dass diese als gleichwertige



Die FDP fordert eine moderne und technologieoffene Klimapolitik.

Alternative zur Elektromobilität anerkannt werden. Und den Grünen sind sie sowieso ein Dorn im Auge, da sie ihre Forderung nach einem Verbot des Verbrennungsmotors als eine Maßnahme entlarven, mit der sie sich unter dem Deckmantel des Klimaschutzes an ihrem alten Feindbild Auto abarbeiten wollen.

Die vierte Option im Umgang mit CO₂ ist schließlich die Abscheidung und Speicherung (CCS; Carbon Capture and Storage). Leider hat Deutschland seine Vorreiterrolle auf dem Gebiet dieser Technologie längst freiwillig aufgegeben, indem erfolgreiche Pilotprojekte in der Lausitz nicht weiter verfolgt wurden, sondern die weitere Erprobung von Technologien zur unterirdischen Verpressung von CO₂ durch politische Entscheidungen de facto verboten wurde. Und trotz der Tatsache, dass der Weltklimarat IPCC in seinem jüngsten Sonderbericht zum 1,5 Grad-Ziel unmissverständlich festgestellt hat, dass das Ziel ohne die technische Speicherung von CO₂ nur mit einem weltweit massiven Zubau von Atomkraftwerken erreichbar ist, machen insbesondere Grüne und weite Teile der Umweltverbände nach wie vor Stimmung gegen CCS. Die Frage, ob sie statt dieser völlig ungefährlichen Technologie tatsächlich lieber auf die Kernenergie setzen, blieb bisher leider unbeantwortet. Liberale Klimapolitik beschränkt sich ganz im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft auf einen Staat, der die Ziele für die CO₂-Reduktion vorgibt, die Suche nach den richtigen Wegen dorthin aber dem Wettbewerb der Ingenieure statt dem Diktat der Ideologen überlässt. Letztlich wird Klimaschutz nur gelingen, wenn wir mutig und optimistisch an die Sache herangehen. Denn erhobene Zeigefinger, Moralpredigten und notorisch schlechte Laune haben schließlich noch nie Probleme gelöst.

Freie Demokraten fordern das Liberale Bürgergeld.

Michael Theurer, Johannes Vogel und Pascal Kober stellen ihr Konzept für das Liberale Bürgergeld vor. Die Freien Demokraten wollen die Grundsicherung dadurch unbürokratischer, würdewahrender und chancenorientierter machen.



Michael Theurer
FDP-Präsidiumsmitglied und
-Arbeitsmarktexperte



Johannes Vogel
FDP-Bundesvorstandsmitglied
und arbeitsmarktpolitischer
Sprecher der FDP-Fraktion



Pascal Kober
FDP-Bundesvorstandsmitglied
und sozialpolitischer Sprecher
der FDP-Fraktion

Eine umfassende Sozialstaatsreform hat die SPD ihren Wählern versprochen. Hartz IV solle durch ein Bürgergeld ersetzt werden. Aber wo Bürgergeld draufsteht, muss auch Bürgergeld drin sein. Der SPD-Vorschlag ist ein reiner Etikettenschwindel. Das Liberale Bürgergeld ist das bessere Konzept.

Andrea Nahles sucht die Distanz zur Agenda 2010, Robert Habeck sucht die Nähe zum Bedingungslosen Grundeinkommen und wir suchen eine gute Lösung für eine neue Zeit. Unser Liberales Bürgergeld macht die Grundsicherung unbürokratischer, würdewahrender und chancenorientierter. Wir wollen, dass jeder, der arbeitet, mehr Geld zur Verfügung hat, als wenn er nicht oder weniger arbeitet – denn Anstrengung muss sich auszahlen. Daher haben wir

in der Bundespressekonferenz unseren Vorschlag eines Liberalen Bürgergeldes vorgestellt.

Ein zentraler Punkt sind die Zuverdienstregeln, die derzeit geradezu grotesk demotivierend auf die Betroffenen wirken. Eine Arbeit aufzunehmen oder die Arbeitszeit auszuweiten, muss sich immer lohnen. Heute lohnt es sich kaum, die Arbeitszeit auszudehnen und aus dem Minijob in Richtung der finanziellen Selbstständigkeit herauszuwachsen – das ist ungerecht. Es gibt sogar heute Konstellationen, da führt mehr Arbeit zu weniger Geld. Das müssen wir ändern! Wir wollen deutlich bessere Zuverdienstregeln schaffen und haben ein konkretes, finanzierbares und durchdachtes Modell vorgelegt, das zum Beispiel rund 300.000 Menschen mehr in Arbeit bringen würde. Das Liberale Bür-

gergeld soll den Menschen als eine trittfeste Leiter in die finanzielle Selbstständigkeit dienen.

Das Konzept sieht außerdem vor, mehrere Sozialleistungen zusammenzulegen. Arbeitslosengeld II, die Kosten für Unterkunft und Heizung, das Wohngeld und der Kinderzuschlag sollen zusammengefasst werden, um das nervenaufreibende Ämter-Hopping zu beenden. Bürokratie kostet den Sozialstaat Geld, das für sinnvollere Aufgaben fehlt. Wir fordern zusätzlich eine bessere Betreuung der Bürgergeldbezieher. Wer seine Einkünfte aus einem sozialversicherungspflichtigen Job ergänzt bekommt, soll künftig durch die Arbeitsagentur und nicht mehr durch das Jobcenter betreut werden. Dadurch hätten auch die Jobcenter für Langzeitarbeitslose mehr Zeit. Sanktionsmöglichkeiten wollen wir im Gegensatz zu politischen Wettbewerbern erhalten, denn wir stehen zum Grundsatz des Förderns und Forderns. Aber wir wollen gesetzlich klarstellen, dass etwa niemand in die Obdachlosigkeit hineinsanktioniert werden darf – und dass Sanktionen sofort beendet werden können,

wenn der Grund für die Sanktion entfällt. Denn das Ziel muss immer der Weg in den Arbeitsmarkt sein.

Wichtig ist es zudem, Eigenverantwortung noch stärker anzuerkennen. Betroffene sollen mehr Schonvermögen als bisher behalten dürfen und in selbstgenutzten Immobilien wohnen bleiben können. Auch ein Auto soll nicht mehr verkauft werden müssen, damit die Jobsuche nicht daran scheitert. Anders als die SPD setzen wir mit unserem Vorschlag auf Motivation zur Mehrarbeit. Die Agenda 2010 hat uns vorangebracht – jetzt brauchen wir moderne Lösungen für neue Herausforderungen, keine Rezepte aus der Motenkiste.

Die Digitalisierung verändert unsere Arbeitswelt. Da können die sozialen Sicherungssysteme nicht bei Norbert Blüm stehenbleiben. Die Grundsicherung braucht ein Update und das liefern wir hier.

Anzeige

FÜR UNSERE GESUNDHEIT

MACHT **KRANKENPFLEGERIN**
LUNA DIE NACHT ZUM TAG.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/luna

IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER

„Ich glaube fest an die Kraft des Netzwerks.“

Nur 30 Prozent der Bundestagsabgeordneten sind weiblich. In den deutschen Kommunalparlamenten sind es sogar noch deutlich weniger. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat daher die Kampagne #FemaleForward gestartet, die junge Frauen für Politik und gesellschaftliches Engagement begeistern möchte. Teil der Kampagne ist auch Tijen Onaran, Gründerin der Networking-Bewegung Global Digital Women, die im Interview über eine neue Generation von Frauen spricht.



Anders Mertzluft
Pressesprecher
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

Frau Onaran, Sie gelten als Netzwerkerin der Stunde. Warum haben Sie sich der Idee verschrieben, Frauen miteinander zu verbinden?

Weil ich ganz fest an die Kraft des Netzwerkers glaube. Ohne mein Netzwerk wäre ich heute nicht da, wo ich bin. Es hat immer genau dann besonders geholfen, wenn ich es am dringendsten gebraucht habe. Und genau dazu ist ein Netzwerk ja auch da: wenn du Hilfe brauchst. Ein Netzwerk hilft aber auch, Stärken zu bündeln. Und: Netzwerke ermutigen dazu, sichtbar zu werden.

Wann war Ihr Netzwerk das letzte Mal für Sie da, als Sie es gebraucht haben?

Als ich mich selbstständig gemacht habe, sicherten mir einige Kollegen und Bekannte zu, meine ersten Kunden zu werden. Natürlich war ich gespannt, wer sein Wort halten würde. Tatsächlich wurde ich dann von allen, die es versprochen hatten, für Jobs gebucht – das rechne ich diesen Personen noch heute hoch an.

Haben Sie denn das Gefühl, dass Frauen ein Defizit haben, wenn es darum geht, aufzustehen und zu sagen: „Das sind meine Stärken“?

Ich beobachte, dass ein neuer Schlag Frauen ans Rudern kommt. Diese Frauen kommunizieren ganz selbstverständlich ihre Talente und gehen proaktiv vor. Es vergeht kein



Tijen Onaran

Tag, an dem mich keine Mails von Frauen erreichen, die schreiben: „Hey Tijen, wenn Du mal wieder ein Panel zu besetzen hast: Ich bin Expertin für dieses oder jenes Thema.“

Woher kommt es, dass Frauen so aktiv auf Sie zugehen?

Ich glaube, dass sich Frauen gerade intensiv mit den Rahmenbedingungen auseinandersetzen. Klar, auf der einen Seite ist die Politik, die dafür sorgen muss, dass das Thema Frauen im Berufsleben ins Blickfeld rückt. Auf der anderen Seite steht aber die individuelle Perspektive: Was kann ich tun, um sichtbar zu werden und meine Geschichte zu erzählen?

Wie können Sie Frauen helfen, diese Sichtbarkeit herzustellen?

Übers Netzwerken. Begonnen hatte das vor drei Jahren mit meinem Afterwork-Format des Vereins „Women in Digital“. Ich investierte damals viel Zeit, um auf Veranstaltungen nach spannenden Frauen für mein Netzwerk zu suchen. Ich wollte eine Basis an loyalen Frauen aufbauen. Weil ich mich so ins Zeug legte, spürten die Frauen, dass es sich nicht um einen einmaligen Sektumtrunk handelt. Sondern dass ein nachhaltiges Karrierenetzwerk entsteht. Schnell war klar: Ich treffe hier Menschen, die ich sonst nicht getroffen hätte. Es wurden richtig gute Geschäftskontakte geknüpft.

Dann gehen wir mal ans Eingemachte: Wie geht gute Netzwerk-Pflege wirklich?

Idealerweise tut man jeden Tag etwas für sein Netzwerk. Das muss nicht immer ein Mittagessen sein. Ich empfehle,

in den sozialen Medien nicht nur passiv vertreten zu sein, sondern aktiv den Leuten zu zeigen, dass man da ist und was man macht. Also Beiträge liken und kommentieren. Honorieren, was andere auf die Beine stellen. Und klar, Veranstaltungen sind auch wichtig. Deshalb laden wir regelmäßig zu unseren Global Afterwork Events ein.

Ihre wichtigsten Regeln für gelungenes Networking bei einer solchen Abendveranstaltung?

Gehe alleine hin! Ich beobachte häufig, dass Menschen zu zweit kommen. Wenn du wirklich gut netzwerken willst, lass die Freundin im Büro, denn dann bist du gezwungen, dich bei anderen darzustellen und Kontakte zu knüpfen. Gehe außerdem gut vorbereitet hin. Du solltest wissen, was besprochen wird. Ein bisschen Einarbeitung ist also nicht schlecht.

Welche Denkanstöße brauchen Frauen heute, um erfolgreich zu sein?

Frauen sollten den Wunsch beiseiteschieben, von jedem gemocht zu werden. Denn Karriere bedeutet Sichtbarkeit. Und wenn Menschen einen Blick auf dich werfen, beurteilen sie dich auch. Zugegeben, sich davon freizumachen, ist nicht leicht. Anders funktioniert es aber nicht. Im Job geht es darum, eine Position zu haben, für die man einsteht. Und nicht darum, die Beliebteste zu sein.

Netzwerken Frauen anders als Männer?

Es gibt Studien, die belegen, dass Männer sehr zielorientiert vorgehen. Wenn es um Befindlichkeiten geht, sind Männer befreiter. Bei Frauen muss es auch persönlich passen. Diese Haltung ist ehrenwert, führt aber dazu, dass Frauen ihre Netzwerk-Beziehungen unnötig aufblasen. Ich gebe Frauen immer mit: Macht Euch von der Erwartungshaltung frei, die Freundin fürs Leben zu treffen.

Können wir festhalten: Networking bedeutet nicht, möglichst viele Leute zu kennen?

Genau. Ich setze mich nicht aus dem Gedanken heraus fürs Netzwerken ein, tausend Kontakte in der Minute zu machen. Sondern um loyale Businesskontakte, die Sparringspartner und Helfer in der Not sind.

Deutschland kommt weltbesten Bildung ein Stück näher

Die FDP-Fraktion hat lange für eine Modernisierung des Bildungsföderalismus gekämpft. Jetzt wird das Grundgesetz geändert, womit der Weg frei ist für eine bessere Zusammenarbeit bei der Bildung. Wir haben einen großen Fortschritt erreicht. Ganz konkret: Die Steigerung der Leistungsfähigkeit kommt als Ziel in das Grundgesetz. Zudem kann der Bund künftig nicht nur in Kabel und Beton investieren, sondern auch in die Schulung von Lehrpersonal. Und die Bundesgelder werden nicht mehr abnehmend gewährt. Jetzt kann der Digitalpakt endlich kommen.

Mehr zu unserer
parlamentarischen Arbeit

-  fdpbt.de
-  [@fdpbt](https://www.instagram.com/fdpbt)
-  [@fdpbt](https://twitter.com/fdpbt)
-  [@fdpbt](https://www.facebook.com/fdpbt)